

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND SH (dort beschlossen am: 24.10.2025)

Titel: Intersektionalität und Antidiskriminierung als Grundlage unserer feministischen Praxis!

Antragstext

1 *Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge*
2 *beschließen:*

3 **Intersektionalität und Antidiskriminierung als Grundlage unserer feministischen**
4 **Praxis!**

5 FLINTA*-Personen, die zusätzlich zu Sexismus auch von weiteren
6 Diskriminierungsformen wie Rassismus, Klassismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit
7 oder Transfeindlichkeit betroffen sind, erleben nicht nur eine
8 Mehrfachbelastung, sondern eine systematische gesellschaftliche Ausgrenzung. In
9 einer patriarchalen und rassistischen Gesellschaft bedeutet dies für viele
10 FLINTA*-Personen eingeschränkten Zugang zu Sicherheit, Ressourcen, politischer
11 Teilhabe und gesellschaftlicher Anerkennung.

12 Deshalb kann ein Feminismus, der diese unterschiedlichen Unterdrückungsformen
13 ignoriert, weder gerecht noch wirksam sein. Um reale gesellschaftliche
14 Machtverhältnisse abzubauen, muss Feminismus intersektional sein – also die
15 miteinander verflochtenen Strukturen von Unterdrückung sichtbar machen und
16 bekämpfen.

17 *Der Landesparteitag bekennt sich zur Gleichberechtigung und zum besonderen*
18 *Schutz von FLINTA*-Personen. Deshalb fordern wir:*

1. TINA*-Personen müssen im Gewalthilfegesetz mitgedacht werden!

TINA*-Personen erleben ein überdurchschnittlich hohes Risiko für verschiedene Formen von Gewalt – darunter häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, strukturelle Gewalt sowie Gewalt in medizinischen und staatlichen Einrichtungen. Gleichzeitig werden sie in Hilfesystemen oft nicht mitgedacht oder aktiv ausgeschlossen, etwa durch binäre Schutzunterkünfte, fehlende rechtliche Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität oder Diskriminierung im Beratungssystem.

Deswegen fordern wir, dass TINA*-Personen ausdrücklich im Gewalthilfegesetz berücksichtigt werden müssen!

2. Verbesserung des Selbstbestimmungsgesetzes

Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Rechte von trans*, inter, nicht-binären und agender Personen zu stärken. Es ermöglicht Menschen, ihren Namen und ihr Geschlecht rechtlich anzuerkennen und so selbstbestimmt zu leben. Dennoch zeigt die Praxis, dass das Gesetz noch viele Hürden enthält, die insbesondere marginalisierte TINA*-Personen stark belasten. Hohe bürokratische Anforderungen und fehlende rechtliche Absicherung für Menschen mit Mehrfachdiskriminierung verhindern, dass alle Personen gleichberechtigt und sicher ihre Identität anerkennen lassen können.

Eine Verbesserung des Selbstbestimmungsgesetzes ist deshalb notwendig, um diese Hürden abzubauen und das Recht auf Selbstbestimmung wirklich für alle umzusetzen. Dazu gehören unter anderem einfachere Verfahren, niedrigschwellige Beratungsangebote und der Abbau finanzieller oder sozialer Barrieren.

Damit wir uns als Partei wirksam für marginalisierte FLINTA*-Personen einsetzen, müssen wir die Machtstrukturen und verschiedenen Diskriminierungsformen in unserer Gesellschaft, aber auch in unserer Partei verstehen und kritisch hinterfragen. Wir müssen als feministische Partei unseren Feminismus intersektional denken, um alle betroffenen Personen miteinzubeziehen.

1. Verstärkte Bildungs-/ und Förderungsangebote für TINA*-Personen

Um TINA*-Personen eine politische Mitsprache zu ermöglichen und sie im politischen Kontext zu fördern, ist es notwendig, dass man ihnen verschiedene Bildungs-/ und Fördermöglichkeiten bereitstellt.

Als Grüne setzen wir bis zu den Landtagswahlen ein Förderprogramm speziell für FLINTA*-Personen. Das Förderprogramm muss explizit auch für TINA*-Personen ausgeschrieben werden! Dadurch soll ein Safer Space für FLINTA*-Personen

geschaffen werden und ein Raum für den Austausch entstehen. Außerdem soll das Programm dazu dienen, FLINTA*-Personen ein Bildungsangebot bereitzustellen und gemeinsam politische Forderungen zu formulieren.

Es ist wichtig, dass dieser Ort nicht nur für weiße cis Frauen, sondern explizit auch für TINA*-Personen geschaffen wird. Ansonsten werden bestehende Machtverhältnisse reproduziert, anstatt sie gezielt zu bekämpfen!

2. Verstärkte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Lage von FLINTA*-Personen in und außerhalb Europa!

Als Grüne machen wir durch unsere Öffentlichkeitsarbeit stärker auf die Situation von FLINTA*-Personen in und außerhalb Europa aufmerksam. Außerdem solidarisieren wir uns mit marginalisierten FLINTA*-Personen und setzen uns öffentlich für ihre Rechte ein!

FLINTA*-Personen leiden weltweit stärker in Krisensituationen. Während beispielsweise Naturkatastrophen sind FLINTA*-Personen stärker von den Folgen betroffen, weil soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken. Auch in Kriegssituationen leiden FLINTA*-Personen, beispielsweise durch die gezielte Anwendung von sexualisierter Gewalt als Kriegsinstrument, am stärksten. Es ist extrem wichtig, auf die Situation dieser FLINTA*-Personen aufmerksam zu machen!

Unser feministischer Kampf ist nicht vorbei, so lange FLINTA*-Personen in unserem patriarchalen System ausgebeutet und unterdrückt werden!

Intersektionaler Feminismus bedeutet, Machtverhältnisse zu hinterfragen, Privilegien kritisch zu reflektieren und Räume zu schaffen, in denen auch die Stimmen derjenigen gehört werden, die systematisch unterdrückt werden.

Begründung

Machtverhältnisse abbauen statt Privilegien zu reproduzieren

Es reicht nicht, wenn wir uns nur für FLINTA*-Personen einsetzen, die in unserem System bereits Privilegien besitzen- etwa weil sie weiß, cis, akademisch gebildet oder ökonomisch abgesichert sind.

Das reproduziert bestehende Machtverhältnisse, statt sie zu bekämpfen.

Gerade aus einer privilegierten Position heraus haben wir die Verantwortung, unsere Stimme zu nutzen und uns solidarisch für jene FLINTA*-Personen starkzumachen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind. Nur so können wir langfristig unterdrückende gesellschaftliche Strukturen verändern.

Ohne einen intersektionalen Feminismus werden diese Überschneidungen der verschiedenen Diskriminierungsformen ignoriert und viele Betroffene unsichtbar gemacht.

Relevanz von intersektionalem Feminismus während Faschismus und Rechtsruck

Besonders jetzt, wenn faschistische und rechtsextreme Strukturen normalisiert werden, sind FLINTA*-Personen verstärkt von Diskriminierung und gezielter Gewalt betroffen.

Rechtsextreme/ -populistische Gruppen betreiben gezielt antifeministische Narrative, die Geschlechtergerechtigkeit, die Rechte von FLINTA*-Personen einschränken und dezimieren.

Laut dem Bundesinnenministerium haben sich queerfeindliche Straftaten auf Grund von „geschlechtsbezogener Diversität“ zwischen den Jahren 2022 und 2023 verdoppelt. (*Straftaten auf Grund von geschlechtsbezogener Diversität = richten sich gegen trans*-Personen, intergeschlechtliche Personen, Menschen, mit dem Personenstand „divers“*)

2022 gab es **417 erfasste Fälle** von politisch motivierter Hasskriminalität gegen TINA*- Personen!

2023 hat sich diese Zahl verdoppelt und lag bei **854erfassten Fällen**.

2024 ist die Zahl weiter gestiegen und lag am Ende des Jahres bei **1.162 erfassten Fällen**.

Doch diese Zahlen beschreiben nur die erfassten Fälle, die Dunkelziffer ist noch sehr viel höher! Dieser Anstieg der Zahlen verdeutlicht, dass TINA*-Personen immer stärker expliziter Gewalt ausgesetzt sind!

Sie müssen Angst haben, nicht sicher nachhause zu kommen, Bedrohungen und Beleidigungen ausgesetzt zu sein und offene Gewalt zu erleben. Wenn durch unsere Bundesregierung die Gewalt gegenüber FLINTA*-Personen geschürt und die Rechte weiter eingeschränkt werden, müssen wir laut sein und unsere Stimmen für die heben, die nicht gehört werden!

Glossar

FLINTA-Personen: Frauen, Lesben, Intersexuelle Personen, Non-binäre Personen, Trans*-Personen, Agenda-Personen*

Tina-Personen: Trans*-Personen, intersexuelle Personen, non binäre Personen, Agenda-Personen*

Quellen:

BMI/Bundesministerium

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/-BMI25045_pmk2024-factsheet.pdf?__blob=publicationFile&v=7&utm_source=chatgpt.com

BJA

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen-2023_node.html?utm_source=chatgpt.com

LSVD

<https://www.lsvd.de/de/ct/11861-Erneuter-Anstieg-queerfeindlicher-Hasskriminalitaet>

Intersektionaler Feminismus und Schutz vor Diskriminierung

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein, wollen:

Feminismus soll gerecht für alle sein – intersektional und gegen jede Diskriminierung!

Was Intersektionalität bedeutet

Viele FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, inter*, nicht-binäre, trans*, agender Personen) erleben **mehrere Arten von Diskriminierung gleichzeitig**.

Zum Beispiel:

- Eine schwarze trans* Frau erlebt Rassismus **und** Sexismus.
- Eine behinderte lesbische Frau erlebt Ableismus **und** Queerfeindlichkeit.

Das nennt man **Intersektionalität** – also, dass verschiedene Formen von Ungerechtigkeit **zusammenwirken**.

Darum muss Feminismus **alle** Menschen sehen, die von Diskriminierung betroffen sind – nicht nur weiße cis Frauen.

TINA-Personen müssen im Gewalthilfegesetz stehen!**

TINA*-Personen (trans*, inter*, nicht-binäre, agender Personen) erleben oft:

- häusliche Gewalt,
- sexualisierte Gewalt,
- Gewalt in Behörden oder medizinischen Einrichtungen.

Aber: Sie werden in Hilffsystemen oft **nicht berücksichtigt**.

Zum Beispiel:

-
- In Frauenhäusern gibt es oft nur Plätze für cis Frauen.
 - Beratungsstellen verstehen nicht immer die Situation von TINA*-Personen.

Deshalb fordern wir:

Das **Gewalthilfegesetz** muss TINA*-Personen ausdrücklich schützen!

Selbstbestimmung stärken

Das neue **Selbstbestimmungsgesetz** ist ein wichtiger Schritt, aber es muss noch besser werden.
Wir fordern: Mehr Schutz, mehr Rechte und mehr Sichtbarkeit für TINA*-Personen!

Mehr Bildung und Förderung für TINA-Personen*

Wir wollen, dass TINA*-Personen **politisch mitreden und mitbestimmen** können.
Deshalb soll es:

- **Förderprogramme und Bildungsangebote** speziell für FLINTA*-Personen geben.
- Diese Programme müssen *speziell auch für TINA-Personen* sein.

Dort sollen sichere Räume („Safer Spaces“) entstehen, in denen sich FLINTA*-Personen austauschen, lernen und gemeinsam Forderungen entwickeln können.

Wichtig:

Dieser Raum darf **nicht nur für weiße cis Frauen** sein – sonst werden Ungleichheiten wiederholt, anstatt sie zu beenden.

Mehr Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit

Wir wollen als GRÜNE stärker über die Lage von FLINTA*-Personen informieren –
in **Deutschland, Europa und weltweit**.

FLINTA*-Personen sind oft besonders stark betroffen:

- bei **Naturkatastrophen**,
- in **Kriegen**,
- durch **sexualisierte Gewalt** oder
- durch **gesellschaftliche Ausgrenzung**.

Wir solidarisieren uns mit allen FLINTA*-Personen weltweit und setzen uns **öffentlich für ihre Rechte** ein.

Warum das wichtig ist

- Es reicht nicht, nur privilegierte FLINTA*-Personen zu unterstützen (z. B. weiße, akademische, wohlhabende Frauen).
- Wir müssen **alle** sehen – besonders jene, die **mehrfach diskriminiert** werden.
- Nur so können wir echte **Gerechtigkeit und Gleichberechtigung** schaffen.

Gerade jetzt, wo rechte und antifeministische Kräfte stärker werden, brauchen wir **einen lauten, intersektionalen Feminismus**.

Denn: Gewalt gegen TINA*-Personen nimmt zu.

Zahlen zur Gewalt gegen TINA*-Personen*

Laut Bundesinnenministerium:

- 2022: **417** Fälle von queerfeindlicher Gewalt
- 2023: **854** Fälle
- 2024: **1.162** Fälle

Und die Dunkelziffer ist viel höher.

TINA*-Personen erleben immer mehr Hass und Gewalt – auf der Straße, im Netz und im Alltag.

Wir dürfen das nicht still hinnehmen!

Unser Ziel

Wir kämpfen, bis *alle FLINTA*-Personen frei und sicher leben** können.

Intersektionaler Feminismus heißt:

- Machtverhältnisse erkennen,
- Privilegien hinterfragen,

Räume schaffen, in denen alle gehört werden.

Unterstützer*innen

Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg), Ocean Renner (KV Nordfriesland), Mai Günther (KV Rendsburg-Eckernförde), Alexandra Königshausen (KV Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Melissa Sieber (KV Schleswig-Flensburg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Yvonne Denecke (KV Ostholstein), Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Lino Weiss (KV Kiel), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Bent Ole Aude (KV Steinburg), Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Claudia Linker (KV Flensburg), Bianca Nienaber (KV Neumünster)